

gesetzt, um ihre Mandanten nicht ordnungsgemäß zu vertreten. Im Jahre 1946 gab es nach Ausschaltung aller nationalsozialistisch belasteten Juristen noch 1200 Anwälte in der Zone. Heute sind für 18 Millionen Einwohner nur noch 500 freie Anwälte tätig — im Vergleich zu 13 500 für 48 Millionen Einwohner der Bundesrepublik.

Politische Zweckmäßigkeit und nicht Recht beherrscht das öffentliche Leben. In den letzten 2 Jahren hat das Regime vielerlei Anstrengungen unternommen, um die Bevölkerung „umzustimmen“. Die Proklamation des sogenannten „Neuen Kurses“ sollte dazu dienen, durch Steigerung der Verbrauchsgüterproduktion und durch andere wirtschaftliche Zugeständnisse an die Bevölkerung ihr Vertrauen zu gewinnen. Für die Beseitigung des Grund Übels, die Rechtlosigkeit, wurden keine Anstalten gemacht. Sie aber ist gerade die tiefe Ursache der Abneigung und des Widerstandes der Bevölkerung gegen das herrschende Regime.

Viele Juristen in der freien Welt glauben, daß es notwendig sei, unpolitisch zu sein, um nicht die Objektivität zu verlieren. Doch für den Juristen sollte es keine Neutralität in der Frage „Recht oder Unrecht“ geben. Wem das Recht wirklich am Herzen liegt, dem kann es nicht gleichgültig sein, ob es in einem Teil der Welt, vor allem in einem Teil des eigenen Vaterlandes, systematisch verletzt wird. Wer dieses Unrechts-System kennt, kann niemals wünschen, daß es seinen Herrschaftsbereich noch weiter ausdehnt, denn dem wirklichen Vertreter des Rechts gegenüber staatlicher Willkür droht psychische und sogar physische Vernichtung.

Manches wäre zur Abwehr des Unrechts getan, wenn jeder Jurist sich klar darüber werden würde, daß er neben der Erfüllung seiner Berufspflicht in seiner Sparte auch eine Mitverantwortung trägt für die Erhaltung des Rechts in seiner Gesamtheit. Dazu ist notwendig, daß die Gefahren, die dem Recht drohen, beobachtet und erörtert werden. Den Machthabern ist die Reaktion der Juristen auf die Entwicklung hinter dem Eisernen Vorhang nicht gleichgültig!

Die Publikation dieser Dokumenten-Sammlung und ihre weite Verbreitung soll daher einen Druck des Rechts auf die Machthaber ausüben. Auch die kommunistische Führungsschicht wird eines Tages einsehen müssen, daß die Herstellung rechtsstaatlicher Zustände und die Gewährung der Grundrechte und -freiheiten die Mindestforderung ist, die erfüllt werden muß, wenn man einen wirklichen Ausgleich erreichen will. Auf allen anderen Gebieten mögen Kompromisse notwendig sein. Wer diese Dokumenten-Sammlung gelesen hat, wird aber wohl übereinstimmen in der Feststellung, daß ein Leben ohne Recht und Freiheit nicht lebenswert ist.

Berlin, im Dezember 1954.

*Dr. Theo Friedenau*

Leiter des Untersuchungsausschusses Freiheitlicher Juristen